

Sind sich Fatah und Hamas plötzlich einig?

Die Palästinenserorganisationen gelten als erbitterte Rivalen. Bislang gelangen Annäherungen nie.

Die rivalisierenden Palästinenserorganisationen Hamas und Fatah haben nach Angaben chinesischer Staatsmedien eine Beendigung ihres langjährigen Konflikts vereinbart. 14 palästinensische Gruppierungen – darunter Hamas und Fatah – hätten nach Gesprächen in Peking eine Deklaration über eine Stärkung der palästinensischen Einigkeit unterzeichnet. Ziel sei eine gemeinsame Einheitsregierung, berichteten palästinensische Medien. Ähnliche frühere Vereinbarungen brachten keine Fortschritte, daher stieß die neue Deklaration in den palästinensischen Gebieten auf Skepsis.

Die Fatah und die Hamas sind die beiden größten Palästinenserorganisationen und erbitterte Rivalen. 2007 riss die Hamas mit Gewalt die alleinige Kontrolle im Gazastreifen an sich und vertrieb die Fatah. Mahmud Abbas, Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und Vorsitzender der Fatah, regiert seitdem nur noch im Westjordanland. Die USA setzen auf eine umgestaltete PA für die Zeit nach dem Gaza-Krieg. Sie wollen, dass die im Westjordanland regierende Autonomiebehörde auch im Gazastreifen wieder die Kontrolle übernimmt, und eine Zweistaatenlösung vorantreiben. Israel lehnt die Pläne ab. Umgekehrt fordert die Terrororganisation Hamas in ihrer Charta die Zerstörung des Staates Israel.

Zuletzt hatte zwar ein ranghoher Hamas-Funktionär laut Medienberichten gesagt, man sei zu einer Waffenruhe bereit, wenn ein unabhängiger Palästinenserstaat in den Grenzen vor 1967 geschaffen werde. Aber die international geforderte Anerkennung Israels sowie die Unterzeichnung von Friedensverträgen durch die Hamas gelten als höchst unwahrscheinlich.

„Hamas und Fatah haben in China eine Vereinbarung über eine gemeinsame Kontrolle des Gazastreifens nach dem Krieg unterzeichnet“, kommentierte israelische Außenminister Israel Katz. Anstatt Terror zurückzuweisen „schließt Mahmud Abbas die Mörder und Vergewaltiger der Hamas in die Arme“, schrieb Katz bei X. „In der Realität wird dies nicht geschehen, weil die Hamas-Herrschaft vernichtet wird.“ dpa

Israel erklärt UNRWA zur Terrorgruppe

AMMAN/JERUSALEM. Das israelische Parlament hat am Montag in erster Lesung einen Gesetzentwurf gutgeheißen, der das UN-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser (UNRWA) als terroristische Organisation einstuft. Jordanien bezeichnete den Schritt als „Versuch, das Hilfswerk zu eliminieren und politisch zu ermorden“, zitiert die Zeitung „Jordan Times“ aus einer Erklärung des jordanischen Außenministeriums. Zu den in der Knesset angenommenen Entwürfen gehört das Verbot für UNRWA, auf israelischem Gebiet tätig zu sein sowie der Entzug rechtlicher Immunitäten und Privilegien für UNRWA-Personal. Mit der Einstufung als terroristische Organisation enthält der Entwurf eine Forderung an Israel, jede Beziehung zu dem Hilfswerk abzubrechen. KNA

Breuer warnt vor Angriff Russlands

BERLIN. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, sieht in der militärischen Aufrüstung Russlands eine wachsende Gefahr. „Wir beobachten, dass die russische Armee Richtung Westen ausgerichtet wird“, sagte Breuer der „Sächsischen Zeitung“. In fünf bis acht Jahren seien Moskaus Streitkräfte materiell und personell so ausgerüstet, dass ein Angriff auf Nato-Gebiet möglich wäre. Er nannte eigene Analysen, Hinweise von Geheimdiensten und verbündeten Streitkräften sowie Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin als Grundlage für die Einschätzungen.

„Die russische Armee stockt Jahr für Jahr um 1000 bis 1500 zusätzliche Panzer auf. Die fünf größten europäischen Nato-Mitgliedsstaaten haben gerade mal die Hälfte davon im Bestand“, sagte Breuer. Die Bundeswehr verfüge über etwa 500 Kampfpanzer. Breuer sagte: „Kommt zu dieser Fähigkeit die Intention hinzu, die man aus Putins Reden durchaus herauslesen kann, sollte uns das alarmieren.“ Für die Bundeswehr bedeute dies: „Wir müssen in fünf Jahren auf diese Möglichkeit vorbereitet sein.“ dpa

Von Thomas Spang

Der Verzicht Joe Bidens auf die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten erwischt Trump auf dem falschen Fuß. Und stellt das Rennen um das Weiße Haus auf den Kopf. Plötzlich ist der 78-Jährige nicht mehr die vitalere Alternative zweier Kandidaten, die am Ende der nächsten Amtszeit beide die ältesten Präsidenten der USA wären. Nun steht er als alter, weißer Mann allein auf weiter Flur.

Der Kontrast wird umso deutlicher, falls die rund 4000 Delegierten bei der virtuellen Abstimmung vom 1. August an die 59-jährige Kamala Harris auf den Schild heben. Daran besteht kein Zweifel mehr, seit die von Biden empfohlene Vizepräsidentin in atemberaubender Zeit die Demokraten hinter sich vereinen konnte.

Harris erhielt mehr als genügend Zusagen aus den Delegationen der Bundesstaaten, um die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin der Demokraten zu sichern. De facto alle potenziellen Mitbewerber erklärten ihren Verzicht und fast die gesamte Parteiprominenz steht hinter ihr. Dass Barack Obama sie bisher nicht unterstützt hat, erklären Insider mit seinem Selbstverständnis als „Elder Statesman“.

„Bei diesen Wahlen geht es um Abtreibungsrechte und niemand kann das besser vermitteln als Kamala.“

Jessica Mackler,
Lobbyistin für das Recht auf Abtreibung

Statt Selbstzerfleischung herrscht bei den Demokraten Ka-ma-la-Mania, die sich auch in den schwindelerregenden Spenden ausdrückt. Binnen 24 Stunden flossen 81 Millionen Dollar in die Wahlkampfkasse. Die Präsidentenpartei wacht nach dem Biden-Rückzug aus ihrer Lethargie auf und mobilisiert. Zehntausende Menschen meldeten sich freiwillig, um Wahlkampf für Harris zu machen.

Das erwischt Trump auf dem falschen Fuß. Und lässt seine Strategie implodieren, Biden als verwirrten Tatterteufel zu karikieren. Mit der zwanzig Jahre jüngeren Harris geht das nicht. Stattdessen richten sich die Scheinwerfer nun auf seinen Gesundheitszustand. Der Kandidat, der mit Fettleibigkeit und Herzproblemen ringt und gerade ein Attentat überlebt hat, weigert sich hartnäckig, mehr medizinische Informationen öffentlich zu machen.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos sagen sechs von zehn Amerikanern, der „America-First“-Kandidat sei zu alt. Ein Thema, das Harris ausschalten will. Wie auch andere offenkundige Gegensätze.

Hier eine Kandidatin, die eine indische Mutter und einen Vater aus Jamaika hat und mit dem Juden Doug Emhoff verheiratet ist. Ihre Herkunft reflektiert die multiethnische Gesellschaft der USA des Jahres 2024. Dort ein Kandidat Trump, der aus privilegierten Verhältnissen stammt und die Nostalgie nach den guten alten Zeiten bedient, als weiße Männer in Amerika den Ton angaben.

Während der „Make-America-Great-Again“-Kandidat eine ausgesprochen düstere Vorstellung von einem Land im Niedergang hat, strahlt Harris mit ihrem gewinnenden Lachen Fortschritts-Optimismus aus.

Präsidentschaftswahlkampf in den USA

Moderne Frau gegen alten Mann

Kamala Harris (59) sichert sich die Nominierung der Demokraten in Rekordtempo. Und bietet den Amerikanern im November jetzt eine echte Wahl. Der Kontrast zu Donald Trump (81) könnte kaum größer sein.



Kamala Harris gibt sich entschlossen: Sie will bei der Wahl am 5. November als Präsidentschaftskandidatin der Demokraten gegen Donald Trump antreten. Foto: AFP/Brendan Smialowski

AUF DIESE STAATEN KOMMT ES BEI DER WAHL BESONDERS AN

Die „Swing States“

Bundesstaaten, in denen es bei der Präsidentschaftswahl immer knapp zugeht und deren Ergebnisse über den Wahlausgang entscheiden



Grafik: Zapletal

Quelle: BBC, statista, Bloomberg

RÜCKTRITT NACH ATTENTAT

Rückzug Die nach dem Attentat auf Ex-US-Präsident Donald Trump in die Kritik geratene Chefin des Secret Service, Kimberly Cheatle, ist laut Medienberichten zurückgetreten. Über den Rücktritt berichteten am Dienstag übereinstimmend US-Medien. Der für den Schutz amtierender und ehemaliger Präsidenten zuständige Secret Service gab zunächst keine Stellungnahme ab.

Eingeständnis Cheatle hatte am Montag bei einer Anhörung vor einem Ausschuss im US-Kongress eingeräumt, dass ihre Behörde am 13. Juli „versagt“ habe, als ein Attentäter während einer Wahlkampfveranstaltung auf Trump schoss. Sie sprach vom „bedeutendsten operativen Versagen des Secret Service seit Jahrzehnten“. Als Chefin der Behörde übernehme sie die „volle Verantwortung für jegliche Sicherheitslücke“. Vertreter von Demokraten und Republikanern hatten Cheatle nach dem Mordanschlag auf Trump in der Stadt Butler zum Rücktritt aufgefordert. Trump hatte das Attentat nur knapp überlebt, er wurde am Ohr getroffen. AFP

Sie verteidigt die grüne Wende, Infrastruktur-Investitionen und Reformen im Gesundheitssystem. „Wir gehen nicht zurück“.

Harris spricht mit Leidenschaft darüber, wie sie als Präsidentin den Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen sichern will. Ein Thema, das vor allem auch den Amerikanerinnen in den suburbanen Wohngebieten unter den Nägeln brennt. „Bei diesen Wahlen geht es um Abtreibungsrechte und niemand kann das besser vermitteln als Kamala“, schwärmt Jessica Mackler, Präsidentin von Emily's List. Die Lobbygruppe unterstützt Kandidatinnen der Demokraten, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einsetzen. „Wir glauben an Freiheit“, sagte Harris letzte Woche im Swing State Michigan. „Freiheit von der Regierung, die sich in Herzensangelegenheiten und familiäre Angelegenheiten einmischte“. Und wird nicht müde daran zu erinnern, dass Trump für das Ende von „Roe v. Wade“, die Grundsatzentscheidung des Obersten Gerichtshof, die 1973 eine weitgehendes Recht auf Abtreibung einräumte, verantwortlich war.

Ganz besonders betonen will Kamala Harris den Unterschied zwischen ihr, der erfahrenen Chefanklägerin in Kalifornien, und dem verurteilten Straftäter Donald Trump. Bei ihrem ersten Besuch in der Wahlkampfzentrale von Delaware gab sie einen Vorgesmack. Sie habe mit Personen zu tun gehabt, „die Frauen missbrauchten. Betrügnern, die Verbraucher abgezogen haben. Taschenspieler, die Regeln zu ihren eigenen Nutzen gebrochen haben.“ Sie könne den Amerikanern versichern: „Ich kenne diesen Donald-Trump-Typus.“

Schon bald könnte Harris der Wahlkampf-Guru Obamas, David Plouffe, helfen, diese Kontraste noch stärker herauszuarbeiten. Er ist für eine führende Position in ihrem Team im Gespräch.

Trump reagiert nach dem Muster, das er schon 2016 gegen Clinton verfolgte: Mit sexistischen Attacken, die sie als Frau und Schwarze beleidigen. Seine Gegenkandidatin sei „dumm wie ein Stein“. Zu einer Debatte gegen Harris will er sich nicht verpflichten. Unter dem Vorwand, dass das zweite noch mit Joe Biden vereinbarte Duell im September von ABC zu seinem Haussender Fox verlegt werden sollte, hält sich Trump eine Hintertür offen. Vor laufender Kamera wäre der Kontrast zu Harris zu deutlich.

Darf es diesmal eine Präsidentin sein?

Viele US-Bürgerinnen wünschen sich eine Frau im Weißen Haus. Andere fürchten, dass die Gesellschaft dafür noch zu sexistisch tickt.

Von Michael Weissenborn

Viel hat sich in den USA getan, seit Hillary Clinton 2016 damit gescheitert ist, zur ersten Präsidentin in der Geschichte der USA gewählt zu werden: Auf der einen Seite gibt es auf dem Arbeitsmarkt inzwischen mehr am College ausgebildete Frauen als Männer, und die MeToo-Bewegung konnte mächtige Männer wegen sexueller Übergriffe stürzen – auf der anderen kassierte das US-Verfassungsgericht das bundesweite Recht auf Abtreibung.

Kamala Harris ist die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten kaum mehr zu nehmen. Doch wie bereits bei Clinton wird auch jetzt die Frage gestellt, ob die USA bereit sind für eine Frau an der Staatsspitze. Und noch ein Szenario wiederholt sich voraussichtlich: In einem Präsidentschaftswahlkampf mit Harris träte der Republikaner Donald Trump abermals gegen eine Frau in

einer Spitzenposition der Regierung an, die zuvor im US-Senat tätig war. Doch Harris trägt nicht dasselbe Erbe mit sich herum wie Clinton. Und anders als 2016 ist Trump diesmal eine bekannte Größe.

„Klar sind die Leute bereit, eine Frau zur Präsidentin zu wählen“, ist Cindy Hilby aus Mississippi überzeugt. Nach der Zahl der abgegebenen Stimmen 2016 habe auch Hillary Clinton Trump deutlich hinter sich gelassen, betont sie. Sie möchte ihren wahren Namen nicht in der Zeitung lesen, weil sie für das US-Militär in Stuttgart arbeitet. Dass Harris einen asiatisch-schwarzen Hintergrund hat, sieht Hilby ebenfalls durchweg positiv. „Das ist ein Plus“, meint die junge schwarze Frau, „weil das viele Menschen betrifft“. Hilby ist eigentlich Republikanerin, aber Trump kommt für sie nicht infrage.

Obwohl viele US-Bürgerinnen zornig sind wegen des Abtreibungsurteils sowie wegen der zahlreichen frauenfeindlichen Aussagen

Trumps und daher diesmal definitiv eine Frau ins Weiße Haus wählen wollen, fürchten manche, dass es für Kamala Harris schwer werden könnte. „Der Sexismus betrifft eine Menge Frauen überall“, ist sich Elena Fort sicher. Die 39-jährige Englisch-Lehrerin aus Oregon, die seit sieben Jahren in Stuttgart lebt, führt an, dass Trump Harris jüngst als verrückt und hysterisch hinstellte. „Das bedient das uralte Klischee, dass Frauen zu emotional sind.“

Wichtiger als das Geschlecht ist in den USA Untersuchungen zufolge die Parteizugehörigkeit. 55 Prozent der Wählerinnen überzeugte Joe Biden 2020 von sich, im Jahr 2016 errang Hillary Clinton 54 Prozent der Wählerinnen. Donald Trumps Anteil bei den Frauen wuchs von 39 Prozent 2016 auf 44 Prozent im Jahr 2020.

Kamala Harris scheint einen besonderen Draht zu schwarzen Frauen und zu jüngeren Wählern und Wählerinnen zu haben. „Da stelle ich derzeit erhöhte Aktivitäten in den sozialen Medien fest“, berichtet Elenor Fort.

Das Abtreibungsurteil von 2022 hat viele Amerikanerinnen sehr zornig gemacht.

Der Politikwissenschaftler Martin Thunert sieht Sexismus schon länger nicht mehr als entscheidenden Faktor im US-Präsidentschaftswahlkampf. „Hillary Clinton ist 2016 nicht gescheitert, weil sie eine Frau ist, sondern weil sie im Wahlkampf schwere Fehler begangen hat“, sagt der USA-Experte vom Heidelberg Center for American Studies (HCA). Trump begehe mit frauenfeindlichen und rassistischen Äußerungen seinerseits „schwere Fehler“.

Thunert hält Harris zugute, dass sie sich schon früh des Themas Abtreibung angenommen hat. Das mobilisiere die Demokraten. Die Tatsache, dass das Urteil des US-Verfassungsgerichts von 2022 Abtreibungen erschwerte, hatte einen nachhaltigen aufrüttelnden Effekt auf viele Frauen. Dabei geht es nicht nur um Abtreibung, sondern auch um Problemschwangerschaften und die Gesundheitsversorgung von Frauen generell. „Wenn die Partei sie geschlossen unterstützt, hat Kamala Harris eine echte Siegchance gegen Trump“, so Thunert.